

II-1421 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 7. Juli 1971 No. 743/3

A N F R A G E

der Abgeordneten MELTER, Dr. BROESIGKE und Genossen  
an den Herrn Bundesminister für Finanzen,  
betreffend Steueraufsichtsstellen in Vorarlberg

In der Beamtenschaft der Steueraufsichtsstellen in Vorarlberg herrscht derzeit Beunruhigung darüber, daß offensichtlich vorgesehen ist, die Steueraufsichtsstellen aufzulassen.

Die Steueraufsichtsstellen wurden mit Beamten besetzt, die aus dem Zollwachdienst übernommen worden sind. Sie hatten dabei den Vorteil, einen bestimmten Dienstort zu haben, an dem sie meistens sesshaft wurden, sei es durch den Erwerb einer Eigentumswohnung oder sei es durch die Errichtung eines Eigenheimes. Für den Fall der Zuteilung an die Finanzämter werden sich also in vielen Fällen erhebliche Schwierigkeiten ergeben, insbesondere auch erhebliche Belastungen durch zusätzliche Fahrzeiten vom Wohnort zum Dienstort.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A N F R A G E:

- 1.) Ist beabsichtigt die Steueraufsichtsstellen bundeseinheitlich aufzulassen ?
- 2.) Welche Überlegungen führen zu einer derartigen Maßnahme ?
- 3.) Welche Vorsorgen werden für die betroffenen Beamten getroffen, damit sie durch neue Dienstzuteilungen nicht benachteiligt werden ?
- 4.) Welche Regelungen sind beabsichtigt, damit die Bevölkerung, die bisher die Beratung der Steueraufsichtsstellen in Anspruch nehmen konnte, eine gleichwertige Informationsmöglichkeit erhält ?

Wien, den 6.7.1971